Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergel 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige. Redaktion, Druck und Verlag von F. Graßmann. Sprechstunden nur von 12—1 Uhr Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Mittwoch, den 31. Januar 1883. Nr. 50.

Berlin, 30. Januar. Bei der heute fortgesetzten Ziehung der 4. Klasse 167. königl. preuß. Klassenlotterie fielen:

1 Gewinn von 90000 M. auf Nr. 4399.

1 Gewinn von 60000 M. auf Nr. 15016.

2 Gewinne von 30,000 M. auf Nr. 77569 90377.

3 Gewinne von 6000 M. auf Nr. 52802 78499 94224.

32 Gewinne von 3000 M. auf Nr. 2514 4477 9859 11461 12753 13458 20076 25796 29783 30251 32287 40706 41085 44780 53009 59553 63001 64123 64142 66872 67285 69577 74685 76608 81104 82200 85316 85384 86918 88937 89562 91030.

51 Gewinne von 1500 Mk. auf Nr. 2075 2795 2892 4649 4819 5395 7086 11007 13176 15079 15428 20077 24948 26356 27718 31194 38579 40554 41577 43137 44968 47066 49312 50281 51241 51294 51594 51612 54381 57552 57609 61238 63580 65289 71419 72610 75399 76943 77115 79055 80914 82092 83417 83815 86670 89156 89497 93231 93331 94289 94655.

68 Gewinne von 550 Mk. auf Nr. 1343 2336 6199 7676 8346 10912 13008 14560 15721 17447 18365 20547 20860 22006 22833 23281 24264 25931 26453 27071 28451 29887 36543 39339 39608 39630 41197 46332 46666 47830 48260 51330 54598 54648 54317 58320 58842 58972 60194 60535 60720 62400 63804 64913 65691 69089 69877 70527 70818 71718 71839 72417 73425 74840 78662 80643 82476 82798 83641 84099 86273 87263 88601 90940 91585 92029 92324 92392.

Deutschland.

Berlin, 30. Januar. Die Steuerkommission des Abgeordnetenhauses hat in ihrer gestrigen Abendsitzung über den Art. 1 der Steuervorlage abgestimmt. Zuvörderst wurde die Aufhebung der vier untersten Stufen der Klassensteuer mit 14 gegen 6 Stimmen abgelehnt; ebenso der Vorschlag auf Aufhebung der drei untersten Klassensteuerstufen mit 18 gegen die Stimmen der Abgeordneten von Bitter und Graf Limburg. Der vom Abgeordneten Wenders gestellte Antrag, nur die beiden untersten Klassensteuerstufen aufzuheben, wurde mit 14 gegen 6 Stimmen angenommen. (Abg. v. Benda war in der Sitzung nicht anwesend.) In der Diskussion sprach sich namentlich Abg. v. Bennigsen für den Antrag auf Aufhebung der zwei untersten Stufen aus. Er hob hervor, daß ein Bedürfniß zur Aufhebung der höheren Stufen nicht vorliege. Abg. Büchtemann betonte, daß das vorgeschlagene System eine Verwirrung in die Kommunalsteuerverhältnisse bringen würde. Abg. v. Bitter plaidirte für Aufhebung der drei untersten Klassen. Die Abgg. Frhr. v. Hammerstein und Wagner traten mit Entschiedenheit für die Regierungsvorlage ein. Abg. Metzner (Zentrum) wünschte die Einführung einer progressiven Einkommensteuer. Schließlich entspann sich eine längere Diskussion über die Kontingentirung, die abgebrochen und auf heute Abend vertagt wurde.

— In der gestrigen Sitzung der Wahlprüfungskommission des Reichstages wurde auf Grund verschiedener bekannter Vorkommnisse die Frage erörtert inwieweit die Bestimmungen des Sozialistengesetzes auf Wahlversammlungen Anwendung zu finden hätten. Nach eingehender Diskussion stellte die Kommission folgenden Grundsatz auf:

„Die Anmeldung einer Wahlversammlung durch eine der Sozialdemokratie angehörende Person kann an sich, auch selbst in Verbindung mit der Ankündigung, daß in der Wahlversammlung ein Sozialdemokrat als Redner auftreten werde, nicht als Thatsache angesehen werden, welche gemäß § 9 Alinea 2 des Gesetzes vom 21. Oktober 1878 die Annahme rechtfertigt, daß die Wahlversammlung zur Förderung der im Alinea 1 a. a. O. bezeichneten Bestrebungen bestimmt ist."

— Prinz Friedrich Karl scheint von der Nachricht von dem Ableben seines Vaters, des Prinzen Karl, noch nicht erreicht zu sein; zum wenigsten ist bisher noch keine Antwort des Prinzen Friedrich Karl hier eingetroffen. Auch ist man hier vollständig im Unklaren, in welchem Theile Oberegyptens er sich während der letzten 14 Tage befunden. Nach echter Feldherrnart pflegt Prinz Friedrich Karl selbst seiner allernächsten Umgebung gegenüber über seine Reisedispositionen das tiefste Schweigen zu beobachten, so daß die bisher verbreiteten Nachrichten über die Tour des Prinzen zum größten Theil auf Kombinationen beruhen. Mit knappem, nur auf das Allernothwendigste berechneten Gepäck, wie zum Kriege ausgerüstet, ertheilt der Prinz an jedem Abend den Befehl, wohin die Reise am nächsten Tage gehen soll.

— Wie man aus Bremen schreibt, zeigt die Zahl der 1882 über jene Stadt ausgewanderten Deutschen gegen 1881 eine kleine Abnahme: 94,920 statt 98,510. Das bezieht sich ebenso auch auf den Staat Preußen, der davon 1882: 62,403, 1881: 67,651 Personen entsandt hat. Innerhalb der Monarchie aber behaupten den Vorrang 1882 wie 1881 die Provinzen Hannover (12,472, 11,494), Westpreußen (10,134, 13,020), Pommern (10,195, 11,772) und Posen (7905, 9703). Jede dieser Provinzen hat im Durchschnitt reichlich so viel Auswanderer hierher gesendet, wie ganz Baiern. Die andere Hauptfrage, wohin sie gegangen sind, beantwortet sich wieder aufs unzweideutigste zu Gunsten der Vereinigten Staaten, die von der hiesigen Gesammtbeförderung, 114,955 Personen umfassend, nicht weniger als 114,340 empfingen. Es erscheint als fortdauernd äußerst schwer, diesem Strom eine andere Richtung anzuweisen, oder wie die Gläubigen des Staats-Sozialismus sagen: „die Auswanderung zu organisiren."

— Bei den Berathungen des Gesetzes wegen Linderung des durch die Ueberschwemmungen des Rheins hervorgerufenen Nothstandes wurde im Abgeordnetenhause von mehreren Seiten auf die überaus traurige Lage aufmerksam gemacht, in welcher sich die Bewohner der Eifel gegenwärtig befinden. Wie man jetzt erfährt, ist seitens des Finanzministeriums zur Aufbesserung der Lage der letzteren eine Summe von 50,000 Mk. auf das Extraordinarium angewiesen worden.

— Betreffs der Anwendung des elektrischen Lichtes auf Seeschiffen erhält die „N.-Z." folgende Zuschrift:

Der Abdruck meines Schreibens vom 24. d. M., in welchem ich um Aufnahme eines Briefes des Kapitän Trott vom Kabelschiff „Faraday" in Ihr geehrtes Blatt bat, hat eine lebhafte Diskussion über die Anwendbarkeit des elektrischen Lichtes auf Schiffen hervorgerufen. Der Umstand, daß meine Zuschrift eigentlich nur meine Bitte motiviren sollte und nicht zur Publikation bestimmt war, macht es erklärlich, daß meine persönliche Ansicht in dieser Angelegenheit vielfach mißverstanden ist. Bei der großen Wichtigkeit derselben darf ich daher wohl um Aufnahme einer kurzen Erläuterung meiner Stellung zur Sache bitten.

In allen gedruckten oder mir brieflich übersendeten Entgegnungen wird mir die Ansicht zugeschrieben, die vorschriftsmäßigen Signallichter der in Fahrt befindlichen Schiffe seien durch elektrisches Licht zu ersetzen. Davon ist aber weder in dem Briefe des Kapitän Trott noch in meinem Begleitschreiben die Rede. Ich bin hinreichend mit dem Seewesen vertraut, um zu erkennen, daß es durchaus unzulässig und gefährlich wäre, die vorgeschriebenen Schiffsleuchten bei Dampfschiffen mit starken elektrischen Lichtern zu versehen, während die Segelschiffe das gebräuchliche schwache Licht beibehielten. Es würde dadurch wahrscheinlich sowohl die Zahl der Kollisionen wie die der Strandungen vergrößert werden. Sogar für die mit so starken Positionslichtern versehenen Dampfer selbst würde die Sicherheit wahrscheinlich eine geringere werden, da die Entfernung so starker Lichter nicht mehr zu schätzen ist und Verwechselungen mit den festen Lichtern der Leuchtthürme viel leichter eintreten würden. Ob nicht eine allgemeine Verstärkung der Positionslichter der Schiffe durch Anwendung von Laternen größerer Leuchtkraft zweckmäßig wäre, ist eine rein nautische Frage, die hier außer Betracht bleiben kann. Jedenfalls müßte eine solche Verstärkung aber gleichmäßig bei allen Schiffen und nicht allein bei Dampfschiffen eingeführt werden.

Die Frage, welche ich angeregt habe, hat mit den vorgeschriebenen Signallichtern der Schiffe gar nichts zu thun; sie behandelt nur den Fall, in welchem diese Signallichter nicht mehr funktioniren, weil sie nicht mehr in der für die Sicherheit der Bewegung nothwendigen Entfernung zu sehen sind. Schon bei mäßig starkem Nebel verschwindet ein schwaches Licht in kurzer Entfernung vollständig. Es ist bekannt, daß man in London bei dichtem Nebel sogar am Fuße der Gaslaternen das verhältnißmäßig starke Gaslicht gar nicht mehr sehen kann. Je stärker das Licht ist, desto größer ist die Entfernung, bis zu welcher es durch den Nebel hindurch sichtbar bleibt und desto weiter bleibt noch ein Lichtschein erkennbar, wenn man auch das Licht selbst nicht mehr sehen kann. Ein starkes elektrisches Licht im Fokus eines parabolischen Spiegels entsendet nun in der Richtung der Axe des letzteren einen Lichtkegel von vielleicht 1000facher Leuchtkraft, wie eine gewöhnliche Schiffslaterne. Es ist also selbstverständlich, daß es den Nebel auf eine weit größere Entfernung hin zu durchdringen vermag. Mein Vorschlag ging daher dahin, daß jeder Dampfer mit einem starken elektrischen Licht versehen sein sollte, welches in einem drehbaren Parabolspiegel montirt wäre, um bei gefährlichem Nebelwetter, in welchem die Schiffslaternen nicht mehr sichtbar sind, den gefahrdrohenden Theil des Horizontes kontinuirlich mit starkem elektrischen Licht ableuchten zu können. Die Schilderung des Kapitäns Trott zeigt, wie schon ein einzelnes solches Licht genügen kann, um einen sonst unvermeidlichen Zusammenstoß abzuwenden. Hätten beide Schiffe ein solches, den Nebel weiter durchdringendes Licht gehabt, so würde das die Rettung noch weit mehr gesichert haben. Um Verwechselungen mit Leuchtthurmlichtern und Störungen des gewöhnlichen Schiffs-Signalwesens zu verhindern, müßte verboten werden, das elektrische Licht während der Fahrt zu anderen Zeiten als bei Nebelwetter oder in Nothlagen zu verwenden. In solchen Nothlagen wie z. B. bei Strandungsgefahr zur Erkennung der Küste, von Eisbergen, oder wenn ein Hülferuf geboten ist, kann ein solches bewegliches, jederzeit bereites, elektrisches Licht unschätzbaren Nutzen bringen, ohne daß dadurch andere Schiffe getäuscht oder sonst in Gefahr gebracht werden können. Mit einem Leuchtthurmlicht oder einem festen Schiffslichte kann ein solches bewegliches Licht, welches in die Ferne nur Lichtblitze sendet, niemals verwechselt werden. Bezahlt machen sich die Anlagekosten für Dampfer außer durch die Verminderung der Seegefahr schon durch die große Erleichterung der Befrachtung und Entladung durch die elektrische Beleuchtung. Hochachtungsvoll

Dr. Werner Siemens.

— Ihren kaiserl. und königl. Hoheiten dem Kronprinzen und der Frau Kronprinzessin hat am 25. d. M., dem Tage der silbernen Hochzeit Höchstderselben, Se. königl. Hoheit der Prinz Albrecht das nachstehende, in künstlerischer Weise ausgestattete Schreiben überreicht, durch welches eine zu dieser schönen Feier begründete Stiftung des Johanniter-Ordens zur Kenntniß des hohen Jubelpaares gebracht worden ist.

Es ist jenes denkwürdige Schriftstück, welches Se. königl. Hoheit der nun in Gott ruhende durchlauchtigste Herrenmeister als letztes mit Höchstseiner Namensunterschrift versehen hat.

Dies Schreiben lautet wie folgt:

Das Kapitel des Johanniter-Ordens hat in seiner Sitzung vom 15. Dezember 1882 einstimmig beschlossen:

Zum dauernden Gedächtniß an die Feier der silbernen Hochzeit, welche Eure kaiserliche und königliche Hoheit am heutigen Tage begehen, bei dem von Kranken aus allen Theilen Deutschlands benutzten Johanniter-Krankenhause und Asyl für unbemittelte Badegäste zu Oeynhausen in Westphalen, unter dem Namen

„Kronprinz Friedrich Wilhelm- und Kronprinzessin Victoria-Stiftung"

durch Ausscheidung eines Kapitals von 10,000 M., für alle Zeiten eine Stiftung zu gründen, deren Zinsen à 4 Proz. mit 400 M. jährlich zur Unterstützung armer Personen, welche die genannte Anstalt verlassen, durch die vorstehende Diakonissin derselben verwendet werden sollen.

Euren kaiserlichen und königlichen Hoheiten gereicht es mir zur besonderen Freude, diesen Beschluß, mit den ehrerbietigsten Glück- und Segenswünschen des Kapitels zum heutigen Tage zur Kenntniß bringen zu können.

Berlin, den 25. Januar 1883.

Der Herrenmeister des Johanniter-Ordens.

Karl, Prinz von Preußen.

— Eine am Montag Abend im Eiskeller-Etablissement (Chausseestraße) stattgehabte, von etwa 800 Personen besuchte Arbeiterversammlung verfiel dem Schicksal der polizeilichen Auflösung. Auch diese Versammlung, der u. A. der Reichstagsabgeordnete Bürten (Detmold) beiwohnte, bestand ausschließlich aus Sozialdemokraten. Maurer Conrad polemisirte wiederum gegen die Einführung obligatorischer Arbeitsbücher, worauf die Versammlung eine in diesem Sinne gehaltene Resolution acceptirte. Alsdann sprach Maurer Conrad über die politischen Parteien und bemerkte: die Arbeiter seien weder in der Lage, sich der konservativen, noch der Fortschrittspartei anzuschließen. Beide Parteien seien dem Arbeiter gegenüber reaktionär und haben die Ausbeutung derselben im Auge, so viel sie sich auch sonst mit freiheitlichem und demokratischem Schimmer umgeben. Aber auch vor der Partei der Christlich-Sozialen muß ich Sie warnen, meine Herren. Die Partei der Christlich-Sozialen ist lediglich die Schleppenträgerin der finsteren Reaktion. Der Führer dieser Partei, Herr Hofprediger Stöcker, dessen Beruf es wäre, Frieden zu predigen, hat nur Unfrieden gesäet. Herr Stöcker will durch eine Judenhetze die Arbeiter gewinnen; denkende Arbeiter werden sich durch derartige Kniffe nie bethören lassen. Die Arbeiter erstreben lediglich ein menschenwürdiges Dasein, sie verlangen die Gleichheit aller Menschenrechte und werden sich deshalb niemals zu Religions- oder Rassenhetzen gebrauchen lassen. Die Arbeiter müssen sich deshalb von all' den bestehenden politischen Parteien lossagen und sich selbstständig organisiren. Deshalb rufe ich Ihnen zu: Auf, Arbeiter, auf, schließt die Reihen, der Feind naht . . Hier erhob sich der beaufsichtigende Polizei-Offizier und rief: Im Namen des Gesetzes erkläre ich die Versammlung für aufgelöst. Auf der Straße vor dem Lokale war nun zahlreiche Polizeimacht zu Fuß und zu Pferde aufgeboten und dieser gelang es bald, die Ansammlungen zu zerstreuen. Ein junger Mann, welcher auf Aufforderung des Polizei-Offiziers: den Zugang nach dem Versammlungssaale zu verlassen, nicht gleich Folge leistete, indem er vorgab, den Abgeordneten Bürten erwarten zu müssen, wurde verhaftet.

— Aus Washington wird der „N. A. Z." der wesentliche Inhalt des neuerdings zwischen den Vereinigten Staaten und Korea abgeschlossenen Vertrages mitgetheilt. Korea, welches die Rechte eines unabhängigen Staates für sich in Anspruch nimmt, öffnet dem fremden Handel vorläufig drei Häfen, in denen diplomatische oder Konsular-Agenten residiren und Handelsniederlassungen zugelassen werden sollen.

— In Frankreich ist es dem ungefährlichsten aller Prätendenten, den seine eigene Partei bereits aufgegeben und der alles Ansehen im Lande verloren hatte, gelungen, eine Verwirrung hervorzurufen, die wiederum die ernste Frage in den Vordergrund rückt, ob in Frankreich die Republik überhaupt regierungsfähig sei. Die Republikaner scheinen es förmlich darauf angelegt zu haben, ihren Gegnern in die Hände zu arbeiten. Es ist noch unvergessen, welche Schwierigkeiten dem Präsidenten Grevy nach dem Sturze des Kabinets Freycinet erwuchsen, wie es ihm nur mit der äußersten Noth gelang, wieder ein Kabinet zu bilden. Seitdem sind Monate vergangen und schon ist der Eindruck, den jenes ängstliche Suchen nach Ministern hervorgerufen hatte, wieder vergessen. Nicht ohne Besorgniß sieht man jetzt nach dem Rücktritt des Ministeriums Duclerc der weiteren Entwickelung der Dinge entgegen. Präsident Grevy hat nothdürftig ein neues Kabinet zusammengeflickt; damit ist aber die Gefahr nicht beschworen, denn die Erschütterung, welche die Republik gegenwärtig durchmacht, wird wieder ihren Kredit schwächen, nicht nur im Auslande, sondern, was noch weit gefährlicher, in Frankreich selbst. Das Volk muß das Vertrauen zur heutigen Regierungsform verlieren. Die Republikaner hätten die Napoleonischen Manifeste und die ohnmächtigen Bestrebungen der Legitimisten, sogar die weit gefährlicheren Umtriebe der Orleanisten nicht zu fürchten, wenn sie die eigentliche Gefahr in ihrem eigenen Lager zu bannen vermöchten. Fremd und fast feindselig schreiten die einzelnen republikanischen Gruppen neben einander her; sie suchen sich wechselseitig zu schwächen, zurückzudrängen, zu vernichten; sie verzehren sich in jämmerlicher Eifersüchtelei, in dem Neide um die Macht, in dem Streite um die Portefeuilles, anstatt die

gemeinsame Sache vor den Anschlägen der Gegner zu schirmen. Wären die Republikaner klug und einig, nie hätte der vorsichtigste aller Bonapartes den Muth gefunden, dem Staatswesen Frankreichs in seinem Manifeste Fußtritte zu versetzen, noch hätten die ritterlichen Landsknechte des Grafen Chambord bei ihrer Verschrobenheit sich in den Traum hineingelebt, daß die Wiederaufstehung des bourbonischen Königthums die Frage einer nahen, überhaupt einer berechenbaren Zukunft sei. Der gegenwärtige Sturm hätte sich gelegt, wenn die Regierung und die Kammer nur in einem einzigen Schritte den Beweis geliefert hätten, daß sie die Situation zu beherrschen vermögen. Diesen Beweis scheinen die Lenker der Republik ihren Gegnern nicht erbringen zu können, und daher liegt die Gefahr nahe, daß die jetzige Ministerkrisis sich über kurz oder lang zu einer chronischen Staatskrisis ausbildet.

— Bezüglich einer zweckmäßigeren Regelung der für die Einberufung der Reservisten zu den Uebungen bisher geltenden Bestimmungen wird der „Nat.-Ztg." von sachverständiger Seite geschrieben:

Im Laufe des Monats Januar pflegt im „Armee-Verordnungsblatte" eine Verfügung zu erscheinen, die tief in das bürgerliche Leben einschneidet; wir meinen diejenige über die „Uebungen des Beurlaubtenstandes für das laufende Jahr". Gewöhnlich geht diese Verfügung ganz oder auszugsweise in andere Blätter über, so daß jeder Betheiligte wohl daraus zu ersehen in der Lage wäre, in welchem Monate ihn eine Einberufung treffen könnte. Dies genügt aber nach unserer Ansicht nicht; es müßte vielmehr der zur Uebung heranzuziehende Reservist oder Wehrmann nicht Monate, sondern schon Jahre vorher darüber orientirt sein, wann er übt. Denn die Jahreszeit bleibt fast stets dieselbe; aber es wechseln die Jahrgänge.

Nun hat zwar die Allerhöchste Kabinetsordre vom vorigen Jahre, welche gelegentlich der Uebungsbestimmungen pro 1881 erlassen wurde, generell verfügt, daß die nach § 12 der Kontroll Ordnung (2. Theil der Wehrordnung) abzuleistenden 4 Uebungen (in der Reserve 2 und der Landwehr 2) auf gewisse Jahre der Reserve resp. Landwehrpflicht gleichmäßig fallen sollen (nämlich je auf das 2. und 4. der betreffenden Militärdienstverpflichtungsjahre), vollständig würde aber jedem billigen Bedürfniß nur dann genügt sein, wenn einem jeden zur Entlassung kommenden Manne in den Militärpaß geschrieben werden könnte: „P. P. hat in den Jahren a, b, c, d die Heranziehung zu Uebungen zu gewärtigen!"

Für eine Ordnung der Dinge, wie wir sie hier vorgeschlagen, spricht ferner auch die Frage der Dispensationen von den Uebungen, welche unter Beibehaltung des bisherigen Modus niemals in gerechter Weise geregelt werden können und bei der Kürze der Reklamationsfrist den Landwehrbezirkskommandos viel unnöthige und zeitraubende Arbeit verursachen. Es kommt jetzt häufig vor, daß die lautesten Schreier dispensirt werden, während wirklich Bedürftigere ihre Rechnung nicht finden. Die Wehrpflicht ist eine Steuer und zwar die härteste; man suche sie also möglichst gerecht zu vertheilen, dann wird sich der Stolz, den ihre Ableistung hervorruft, nur noch erhöhen, weil man mit Lust und Liebe daran geht! Wird obenbezeichnete einfache Maßregel, die keinem schadet, allen nützt, getroffen, so ist all' diesem Treiben ein Riegel vorgeschoben. Ein jeder weiß, in welchen Jahren er üben soll und richtet sich in seinen bürgerlichen Verhältnissen darauf ein.

Am wichtigsten würde sich der Erfolg der Maßregel für Alle gestalten, die sich ihrer Ausbildung halber im Ausland befinden. Und deren giebt es nicht wenige. Da dieser Aufenthalt meist nur zeitlich begrenzt ist, so ist es jedem nach genauester Feststellung der Jahre, in denen er noch zu üben hat, möglich, die dazwischen fallenden Jahre zu diesem Aufenthalt im Auslande zu wählen.

Schließlich scheint es gerechter zu sein, ganze Jahrgänge üben zu lassen, als gewisse Quoten. Man wende nicht ein, daß das Schwierigkeiten in der Administration verursache. Die Administration hat nicht halb soviel Schwierigkeiten, als die Truppe selbst, und diese ist immer noch mit anderen Dingen überlastet worden (z. B. Ersatz Reservisten) und macht doch ihre Sache gut. Es heißt einfach: „Jahrgang 1879 übt!" Davon sind selbstverständlich Kranke, Schwächliche und Dispensirte ausgeschlossen; alle anderen müssen strikte üben. Jetzt macht das Entlassen der Prozentmannschaft nur böses Blut bei der Gestellung. Halbe Maßregeln können schaden!

Vorstehende Zeilen machen nicht den Anspruch, dies Thema zu erschöpfen, sondern sollen nur zur Besserung der Verhältnisse anregen.

Ausland.

Paris, 29. Januar. Das Ministerium Fallieres fand in der Kammer keine feindselige Aufnahme. Man erkannte es an, daß Angesichts der schwierigen Lage momentan kaum eine andere Lösung möglich gewesen sei, ebenso fand man es richtig, daß mit der Besetzung der Portefeuilles des Krieges und der Marine bis nach Lösung der Prinzenfrage gewartet wird. Bei der heutigen Debatte in der Deputirtenkammer war die Rede des Grafen de Mun ein gleich schneidiges Requisitorium gegen die Republik wie eine energische Bekämpfung der Ausnahmegesetze. Graf de Mun fand vielen Beifall, selbst die Linke hörte ruhig zu. Fabres Vertheidigung des Gegenprojektes fiel unter allgemeiner Unaufmerksamkeit und Gelächter durch. Viette und Ribot hatten beide großen Erfolg. Die Presse beurtheilt das Ministerium Fallieres mehr nur als Liquidations-Ministerium, um einem Kabinet Ferry die Bahn freizumachen. Mehrfach wird auch die Auflösung der Kammer als der einzig mögliche und sich nothgedrungen aufzwingende Ausweg aus der gegenwärtigen verwirrten Situation in der Presse vertheidigt.

Provinzielles.

Stettin, 31. Januar. Der neuernannte Oberpräsident unserer Provinz, Herr Graf Behr-Negendank, dessen am vergangenen Sonnabend hier erfolgtes Eintreffen wir bereits meldeten, hat mit dem gestrigen Tage die Leitung der Provinzial-Verwaltung übernommen, indem er zugleich einer Sitzung des Provinzial-Schulkollegiums präsidirte. Die Vorstellung der Räthe, wie des übrigen Beamtenpersonals wird voraussichtlich in den nächsten Tagen erfolgen. An die Provinz wendet sich der Herr Oberpräsident beim Antritt seines neuen Amtes mit folgendem Schreiben, das demnächst auch in den amtlichen Organen zur Veröffentlichung gelangen wird. Nach der „N. St. Ztg.", die bereits in der Lage ist, dies Schreiben zu veröffentlichen, lautet dasselbe:

„Durch die Gnade Sr. Majestät des Kaisers und Königs zum Ober-Präsidenten der Provinz Pommern ernannt, habe ich mit dem heutigen Tage die Geschäfte meines neuen Amtes übernommen.

In diesem für mich hochbedeutungsvollen Augenblicke richte ich bewegten Herzens an die Bewohner der Provinz einen warmen Gruß, indem ich meiner innigen Freude darüber Ausdruck gebe, daß ich, nachdem ich bisher im Dienste meines heimischen Kreises und meines heimischen Bezirks thätig sein durfte, nunmehr gewürdigt bin, der ganzen heimischen Provinz meine Dienste zu weihen.

Ebenso wie mein unvergeßlicher Herr Amts Vorgänger werde ich, so lange mir Gott Kraft schenkt, unablässig bestrebt sein, Pommerns Aufblühen zu fördern und immerdar für sein Wohl einzutreten.

Bei diesem meinem Streben bedarf ich der kräftigen Unterstützung aller Organe der Verwaltung und des vertrauensvollen Entgegenkommens der Bevölkerung der Provinz.

Indem ich bei dem mir gesteckten Ziele der frohen Hoffnung Raum gebe, daß mir beide nicht fehlen werden, gehe ich getrosten Muthes an die vor mir liegende schöne Lebensaufgabe.

Stettin, 29. Januar 1883.

Der Ober-Präsident der Provinz Pommern.

Graf von Behr-Negendank."

Das zitirte Blatt fügt hinzu: Diese warmen Worte werden, deß sind wir überzeugt, gewiß nicht auf unfruchtbaren Boden fallen. Herr Graf Behr ist ein Sohn unserer Provinz, er ist durch langjährige amtliche Thätigkeit mit ihren Interessen genau vertraut geworden und wir geben uns der Hoffnung hin, er werde sich in seinem erweiterten Wirkungskreise die Förderung dieser Interessen mit sicherer Hand und freiem Blick angelegen sein lassen, indem er gegen Alle, ohne Ansehen der Partei und Person gleich gerecht und billig seines hohen Amtes wartet.

Stettin, 31. Januar. In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten wurde zunächst die Wahl der Kommission zur Berathung der Marktangelegenheit vorgenommen. Das Bureau schlägt vor, anstatt, wie in letzter Sitzung beschlossen, 5 Mitglieder 7 Mitglieder in diese Kommission zu wählen, damit auch die drei Herren, welche durch die früheren Vorarbeiten genaue Kenntniß der Angelegenheit haben, die Herren Kanzow, Krüger und Dittmer, in die Kommission eintreten können. Außer diesen Herren schlägt das Bureau noch die Herren Graßmann, Masche, Mundt und Steidel zu Mitgliedern der Kommission vor. Damit erklärt sich die Versammlung einverstanden. — Zum Vorsteher des 8. (Heumarkt-) Bezirks wird Herr Apotheker Schlüter, zum Mitglied der 20. Armen-Kommission Herr Eigenthümer Bratz und zum Mitglied der 26. Armen-Kommission Herr Bauunternehmer A. Krämer gewählt. — Für das auf dem Grundstück Ecke der Deutschen- und Scharnhorst-Straße eingetragene Restkaufgeld von 16,725 Mark wird der Pfandentlassungskonsens ertheilt. — Für zwei erkrankte Lehrer werden 200 resp. 133,34 Mark Stellvertretungskosten bewilligt. — Zu der Verpachtung des Abtriebes der Korbweiden-Plantage pro Winter 1882/83 für 670 Mark wird der Zuschlag ertheilt. Bei letzterer Vorlage richtet Herr Domke an den Vorsteher der Oekonomie-Deputation die Anfrage, ob sich der Werth der Korbweiden so herabgesetzt hat, daß alljährlich ein geringeres Gebot für den Abtrieb der Plantage geboten wird. Herr Stadtrath Dräger erwidert, daß in nächster Zeit der Versammlung eine Vorlage wegen anderweitiger Ausnutzung der Weiden-Plantage zugehen werde, in diesem Jahre ließ sich eine Aenderung nicht herbeiführen, ebenso war es unmöglich, ein höheres Gebot zu erzielen, trotzdem drei Verpachtungstermine stattgefunden haben. — Die Uebertragung der Bau- und Wirthschaftsfuhren an den Fuhrherrn Dellerue auf 3 Jahre vom 1. April d. J. ab für die im Lizitationstermin abgegebenen Preise wird genehmigt.

Eine Vorlage des Magistrats betreffend die projektirte Abänderung der Fluchtlinie auf der Westseite der Grabowerstraße Nr. 8—12, der Nordseite der Birkenallee Nr. 13—17 und der Wrangelstraße rief eine längere, aber nutzlose Debatte hervor. Es handelte sich dabei um die Festsetzung der Breite der Vorgärten und nachdem von verschiedenen Seiten für und gegen die Vorlage gesprochen, eine richtige Klarheit in der Sache aber trotzdem nicht geschaffen wurde, wurde die Vorlage nochmals an den Magistrat zur neuen Bearbeitung zurückgegeben. — Ebenso wurde die Vorlage betreffend die Ermäßigung der Miethe für die Kellerräume im neuen Rathhause von 4000 Mk. auf 3000 Mk. nicht erledigt. Eine gleiche Miethsermäßigung wurde bekanntlich bereits im Jahre 1880 auf 3 Jahre bis Oktober d. Js. bewilligt. Der Magistrat schlägt vor, dieselbe Ermäßigung auf die Restmiethszeit bis zum 1. April 1889 eintreten zu lassen. Bei Berathung dieser Vorlage im Magistrat war zur Sprache gekommen, daß die Wasserleitungs-Deputation wiederholt Anzeigen wegen Wasservergeudung im neuen Rathskeller gemacht hat, ohne daß es möglich war, deshalb gegen den Pächter eine Strafe festzusetzen, weil in dem mit demselben abgeschlossenen Vertrage darüber eine Bestimmung fehlte. Sollte eine fernere Miethsermäßigung bewilligt werden, so würde auch in dieser Beziehung eine Abhülfe geschaffen, da sich der Pächter bereit erklärt hat, dann auf seine Kosten einen Wassermesser aufzustellen und die Wasserentnahme nach diesem Messer zu bezahlen. Natürlich war jedoch dieser Umstand nicht für den Magistrat das Motiv, eine Herabsetzung der Miethe vorzuschlagen, vielmehr wurden die Motive in der ungünstigen Lage der jetzigen Verhältnisse gefunden. Die Versammlung beschloß, die Vorlage an den Magistrat mit dem Ersuchen zurückzugeben, von der Oekonomie-Deputation genaue Informationen zu fordern, wie viel der Pächter für Wasserzins bezahlt und wie sich die Verhältnisse in Betreff des Verkehrs und des Geschäftsganges im neuen Rathskeller gestaltet haben.

Gegen die Vorschläge des Bureaus zur Wahl der Mitglieder von den städtischen Kommissionen und Deputationen sind Proteste nicht eingegangen und sind die vom Bureau vorgeschlagenen Mitglieder demnach gewählt.

Fast 3 Stunden währte die Debatte über die Rückäußerung des Magistrats auf die Petition des hiesigen Hausbesitzer-Vereins und 900 Hausbesitzer wegen Ermäßigung des Kommunalzuschlages zur Gebäudesteuer und erreichte in Folge dessen die Sitzung erst gegen 9½ Uhr ihr Ende. Ueber die einzelnen Reden bringen wir morgen einen ausführlichen Bericht; wir theilen heute nur mit, daß alle Anträge auf Ermäßigung, allerdings nur mit geringer Majorität, abgelehnt und der Antrag der Finanz-Kommission mit 30 Stimmen angenommen wurde. Nach demselben bleibt für die Hausbesitzer Alles beim Alten, d. h. sie zahlen nach wie vor 75 Prozent Kommunalzuschlag zur Staats Gebäudesteuer.

— Wie der „Kamm. Kr.-Ztg." mitgetheilt wird, ging am Sonntag der Eigenthümer Erdmann aus Ferdinandsfeld (Insel Wollin) nach Misdroy, um dort 1200 Mark Zinsen abzuzahlen, derselbe ist aber an seinem Bestimmungsort nicht eingetroffen, vielmehr ist derselbe auf der Feldmark erschlagen und mittelst seines eigenen Taschentuchs erhängt vorgefunden worden, wogegen er seines Geldes beraubt gewesen. Muthmaßlich ist, um den Mord zu verdunkeln, Erdmann, nachdem er erschlagen ist, von dem Thäter aufgehängt worden.

— Die Gießereistraße in Grabow bot gestern Nachmittag ein sehr bewegtes Bild; Hunderte von Menschen, besonders Mädchen und Frauen, wollten ihre Neugierde befriedigen und das Begräbniß des Mörders Düring und das seines Opfers, der Elise Eck, sehen. Beide Begräbnisse waren für 3 Uhr Nachmittags angesetzt, thatsächlich fand aber nur das des Düring um diese Zeit statt, während sich der Abgang des Begräbnisses der Eck um eine Stunde verzögerte. Die Folge davon war, daß der Verkehr in der Gießereistraße, besonders an der Ecke der Breitenstraße, wegen des starken Menschenandranges vollständig gehemmt war.

— Am 24. Januar v. J. war in Altdamm Viehmarkt und hatten sich in Folge dessen viele Besucher des Marktes im Burow'schen Gasthof eingefunden; unter denselben befand sich auch der Fuhrmann Kriehn und der Arbeiter Ferdinand Friedrich Krüger. Diese Beiden bekamen Streit, nach welchem sich Krüger entfernte, auch Kriehn verließ bald das Lokal, er wurde jedoch nach einiger Zeit vor demselben mit einer schweren Kopfwunde wieder besinnungslos aufgefunden. In Folge dieser Verletzung war Kriehn längere Zeit arbeitsunfähig. Der Verdacht, dem Kriehn die Verletzung beigefügt zu haben, lenkte sich auf Krüger, derselbe erzählte auch einem Bekannten gegenüber, daß er den Kriehn mit einer Wagenrunge geschlagen habe. In Folge dessen wurde gegen Krüger Anklage wegen Mißhandlung erhoben und stand in der gestrigen Sitzung der Strafkammer des Landgerichts Termin an. Durch die Beweisaufnahme wurde derselbe auch für überführt erachtet und zu 9 Monaten Gefängniß verurtheilt.

Kunst und Literatur.

Theater für heute Stadttheater: „Die Rantzau." Schauspiel in 4 Akten.

Von deutschen Theaterproben spricht Paul Lindau in dem neuesten Hefte von „Nord und Süd" einige nur allzu wahrheitsgemäße Bemerkungen: „Gewöhnlich ist der Verlauf der — nehmen wir an, daß es sich um ein Schauspiel in vier Akten handelt —: Am ersten Tage werden die beiden ersten Akte sorgfältig durchprobirt, die Auf- und Abgänge werden festgestellt, die Stellungen geordnet, wichtige Szenen werden wiederholt, bisweilen sogar ein ganzer Akt, und dann ist die Zeit soweit vorgerückt, daß die Probe geschlossen werden muß. Am zweiten Tage wird mit der anderen Hälfte des Stückes ebenso verfahren. Am dritten Tage wird das Stück zum ersten Mal durchgespielt. Der Regisseur richtet an diesem Tage an den Verfasser gewöhnlich die höfliche Bitte, nicht zu unterbrechen, damit man sich eine Vorstellung von dem Ganzen machen könne. Mit demjenigen Akte, welcher die schwierigeren Szenen enthält, wird am vierten Tage gewöhnlich begonnen, weil da die Schauspieler noch am frischesten sind, also sagen wir mit dem dritten Akte. Darauf folgt dann der erste, dann der zweite, und wenn Alles gut geht, auch noch der letzte. An diesem Tage sind Unterbrechungen in der That schon mißlicher, und von irgend welchen erheblichen Veränderungen kann nicht mehr die Rede sein, da die Schauspieler nur dann ihr Bestes geben können, wenn ihnen der mechanische Wortlaut gar keine Schwierigkeiten mehr bereitet, eine jede Veränderung aber, selbst die geringfügigste, ein kleiner Strich, ein umgestellter Satz die Darsteller befangen macht, ängstigt und verstimmt. Mit trüben Gedanken verläßt der Autor die Probe am vierten Tage. Er sieht, wie es noch an allen Ecken und Enden hapert, wie noch Lücken klaffen, die ausgefüllt werden müßten, und Längen schleppen, die auszumerzen wären; aber er kann Nichts mehr thun. Und dann kommt die Generalprobe, bei der gar nicht mehr unterbrochen werden darf, und dann kommt die Aufführung! Jetzt, da das Stück eben aus dem Rohesten herausgearbeitet worden ist, da die eigentliche Arbeit erst beginnen sollte — jetzt ist sie schon gethan. Der französische Autor hat nun noch fünfundzwanzig bis dreißig Proben! Die deutschen Bühnenschriftsteller suchen dem Schaden, soweit es eben thunlich ist, abzuhelfen. Die sogenannten „Probirbühnen" sind so ein dürftiges Surrogat für den Ausfall der nothwendigen Proben." . . . Jeder Kundige muß die Korrektheit dieser Beobachtungen bestätigen und seufzend hinzufügen, daß in Folge der theatralischen Schleuder-Arbeit, die selbst auf den besten deutschen Bühnen geliefert wird, die Kunst der Regie in Deutschland eigentlich über die Anfänge noch nicht weit hinausgekommen ist.

Vermischtes.

— (Zerschnittenes Seil.) Der Seiltänzer Ringleb aus Wernsleben hat dieser Tage in Nordhausen das hohe Seil, welches seine Frau besteigen, mit einem scharfen Messer durchschnitten, in der Hoffnung (!?), seine Frau würde den Hals brechen. Die Frau erlitt jedoch bei dem Sturze nur einen Armbruch. Der Uebelthäter wollte sich der Lynchjustiz des aufgeregten Publikums durch die Flucht entziehen wurde aber noch gerade ertappt, als er im Begriffe stand, sich zu erschießen. Derselbe wurde dingfest gemacht.

— Das übermäßige Schnüren der Damen hat dieser Tage im Ballsaal wieder zwei Opfer gefordert. In Trentschin, Ungarn, brach die 20jährige Tochter des gräflich Z.'schen Obermeisters B., in Salzburg die Kassirerin eines dortigen Schmuckwaarengeschäfts in den Armen ihres resp. Tänzers plötzlich todt zusammen. Herzschlag in Folge zu starken Schnürens hat nach ärztlichem Gutachten den Tod der beiden sonst gesunden und blühenden Mädchen verursacht.

— (Schwiegersohnswahl.) Der große Grieche Themistokles (526—461 v. Chr.), der Sieger über die Perser in der Seeschlacht bei Salamis am 23. September 480, sagte von seinem Söhnchen, das viel Gewalt über die Mutter hatte: „Der kleine Bube ist Herr über ganz Griechenland; denn er regiert seine Mutter seine Mutter regiert mich, ich regiere die Athenienser, und die Athenienser regieren die Griechen." Trotz der Machtfülle, die Themistokles in diesen Worten sich selbst zusprach, gab er bei der Verheirathung seiner Tochter einem armen Bürger von gutem Kopf den Vorzug vor einem reichen, der Nichts verstand, und erklärte seine Wahl folgendermaßen: „Ich will lieber einen Schwiegersohn haben, der Geld braucht, als Geld, das einen Mann braucht."

Telegraphische Depeschen.

Schwerin, 29. Januar. Karl Freiherr von Ledebur, bisher Direktor des ständigen Theaters zu Riga, ist zum Intendanten des hiesigen großherzoglichen Hoftheaters, vorläufig auf ein Jahr, ernannt worden.

Grünberg, 30. Januar. (B. T.) Im Wahlkreise Grünberg Freystadt ist, entgegen der allgemeinen Erwartung, der konservative Kandidat, Staatsanwalt v. Uechtritz, mit nahezu 200 Stimmen Mehrheit gegen den nationalliberalen Kandidaten Grafen Magnus Schack gewählt worden.

Paris, 30. Januar. Die Besserung im Befinden des früheren Ministerpräsidenten Duclerc hält an, der Kräftezustand des Erkrankten ist aber noch ein sehr schwacher und wird eine absolute Ruhe und Zurückgezogenheit desselben für unumgänglich nothwendig erachtet.

Nach einer Meldung aus Creuzot (Departement Saone et Loire) wurde in der Nacht vom 28. zum 29. d. M. eine Gensdarmerie-Patrouille bei dem Einschreiten wegen eines unter italienischen Arbeitern entstandenen Streits durch einen aus etwa 200 Italienern bestehenden Haufen mit Steinwürfen angegriffen, es wurden 8 Personen verhaftet. Gestern wurden 12 weitere Verhaftungen vorgenommen. Der Präfekt des Departements Saone et Loire ist hier angekommen.

Rom, 29 Januar. Zum apostolischen Delegirten und Patriarchatsvikar in Konstantinopel wurde Rotelli ernannt, der sich in den ersten Tagen des nächsten Monats auf seinen Posten begeben wird.

Washington, 30. Januar. Im Repräsentantenhause brachte der Ausschuß für die auswärtigen Angelegenheiten eine Resolution ein, in welcher der Präsident ersucht wird Verhandlungen mit dem deutschen Reiche anzuknüpfen behufs Abschlusses eines neuen Vertrages betreffend die Rechte amerikanischer Bürger in Deutschland.